



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Massnahmen des Bundesrates zu 'too-big-to-fail'
Für Rückfragen	Martin Bäumlé, Präsident, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	21. April 2011

Grünliberale unterstützen die Massnahmen zu 'too-big-to-fail'

Die Grünliberalen begrüssen die vom Bundesrat verabschiedete Botschaft zur 'too-big-to-fail'-Problematik und wollen sicherstellen, dass diese Vorgaben rasch in Kraft treten und nicht im Parlament verzögert werden. Auch nach der Vernehmlassung umfasst die Vorlage nach wie vor strenge Eigenmittel- und Liquiditätsvorschriften, welche der besonderen Stellung der Grossbanken in der kleinen Schweiz gerecht werden. Ebenso sind die Grossbanken dazu aufgefordert eine Notfallplanung aufzustellen, nach welcher im Krisenfall die systemrelevanten Bereiche weitergeführt werden können. Etwas kritisch betrachten die Grünliberalen die geschwächte Rolle der FINMA im Falle ungenügender Notfallpläne.

Die vom Bundesrat zuhanden des Parlaments verabschiedeten Massnahmen zur 'too-big-to-fail'-Problematik betrachten die Grünliberalen insgesamt als geeignetes Instrumentarium zur Verhinderung weiterer erzwungener finanzieller Unterstützung im Bankenwesen und damit zu einer deutlichen Reduktion des Restrisikos für die Schweiz. Die vorgeschlagenen Eigenmittelvorschriften sind im internationalen Vergleich streng, doch sind die Grünliberalen davon überzeugt, dass sich die stabile Kapitalbasis längerfristig auch als Wettbewerbsvorteil auszahlen wird. Mit der geplanten regelmässigen Überprüfung der Vorgaben wird auch die internationale Entwicklung mitberücksichtigt.

Zukünftig werden die Banken mit einem Notfallplan aufzeigen müssen, wie die systemrelevanten Bereiche herausgelöst und weitergeführt werden können, wenn eine Bank in Schieflage gerät. Die Grünliberalen begrüssen diesen subsidiären Ansatz, sind jedoch skeptisch was die Massnahmen bei ungenügender Erfüllung betrifft. Neu soll der Bundesrat zusätzliche Massnahmen definieren und die FINMA diese dann lediglich anordnen können. Aus Sicht der Grünliberalen wäre ein Umkehr sinnvoller: Die FINMA, welche über mehr Kompetenz als der Bundesrat verfügt, soll gestärkt werden und zusätzliche Massnahmen definieren können, welche dann von der FINMA direkt anzuordnen wären. Der Weg über den Bundesrat scheint den Grünliberalen zu schwerfällig. Zudem möchten die Grünliberalen einen unabhängigen Thinktank im Sinne eines Frühwarnsystems einsetzen, welcher zuhanden des Bundesrates, der FINMA und der Schweizerischen Nationalbank kritische Entwicklungen und Ereignisse für den Finanzplatz Schweiz soweit vorausnehmen kann, dass frühzeitig zielführende Massnahmen durch die zuständigen Instanzen umgesetzt werden können.

Zudem soll der Bund neu das Recht haben, sollte trotz aller Massnahmen dennoch staatliche Hilfe an Banken nötig werden, die Vergütungen von Banken zu regulieren, solange diese vom Staat abhängig sind. So kann der Staat bei entsprechend schlechtem Wirtschaften die variablen Vergütungen gänzlich streichen. Die Grünliberalen begrüssen diese Massnahmen, um ungerechtfertigte Bonizahlungen nach einem Staatseingriff zu verhindern.